

## Gastkommentar von Petra Navara-Unterluggauer Mut zum Wandel

Vier Monate vor der Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung der UNO in Rio wird das Vokabular der 90er Jahre wieder aus der Mottenkiste gekramt.

Wenigleich der sozialen Gerechtigkeit seit einigen Jahren ein eigener internationaler Tag gewidmet ist und sie auch Teil der Millenniums-Entwicklungsziele ist – „Nachhaltigkeit“ und „Gerechtigkeit“ zählen nicht gerade zu den prioritären Themen der vergangenen zwei Jahrzehnte. Die Praxis sieht anders aus – Produktion und Vermarktung auf „Teufel, komm raus“, lautete die Devise. Egal, ob zu Lasten der Umwelt oder von Menschen: Wichtig waren Wachstumsraten. Seit mehr als 40 Jahren („Club of Rome“ 1972) warnen Wissenschafter, querdenkende Ökonomen des Westens und Indigene in den Anden vor den Gefahren, die der schonungslose Raubbau an der Natur und die Verschärfung der sozialen Krise mit sich bringen: Die nachfolgenden Generationen werden

Konflikte um Land und Ressourcen austragen und Kriege um Wasser führen. Das Elend großer Bevölkerungsanteile wird jede sicherheitspolitische Maßnahme vereiteln. Nachhaltigkeit, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit stehen in direkter Wechselwirkung zueinander. Ihre Interdependenz wird im Bericht des UNDP über die menschliche Entwicklung 2011, der die Schnittpunkte zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit untersucht, klar herausgestrichen. Menschliche Entwicklung braucht beides. Nachhaltigkeit ist demnach nicht so sehr ein Umweltproblem, vielmehr eine innere Haltung, ein Bewusstsein, dass das Handeln jedes und jeder Einzelnen begleitet muss. Das Bewusstsein darüber, dass alles, was wir tun, Folgen – oft genug negative

– für unsere Mitmenschen auf diesem Planeten und darüber hinaus auch für die nachfolgenden Generationen hat.

Der bisher erreichte Fortschritt der menschlichen Entwicklung läuft Gefahr, zu stagnieren oder sich gar rückläufig zu entwickeln. Es braucht den politischen Willen und gezielte Investitionen, um wirkliche Veränderungen zu bewerkstelligen. Dabei muss das Rad nicht immer neu erfunden werden: Oft bedarf es „nur“ geänderter politischer Rahmenbedingungen, um zukunftsfähige Produktions-, Handels- und Konsummodelle einer echten „grünen Wirtschaft“ umzusetzen. Es braucht dazu aber auch verbindliche, völkerrechtlich abgesicherte Vereinbarungen. Das aktuelle Primat der Freiwilligkeit, kombiniert mit dem Trend, Verantwortung von



Petra Navara-Unterluggauer ist Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter:  
[www.wienerzeitung.at/gastkommentare](http://www.wienerzeitung.at/gastkommentare)

staatlichen Stellen an die Privatwirtschaft zu übertragen, ist bedenklich. In den Entwicklungsländern selbst spielt die Stärkung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Prozesse durch ein breites „diversity mainstraming“, das alle Bevölkerungsgruppen, Frauen, ethnische und religiöse Minderheiten, Behinderte, etc. miteinbezieht, eine wichtige Rolle. Verbesselter Zugang zu erneuerbarer Energie, Wasser und Sanitärversorgung und reproduktiven Gesundheitsdiensten führt zu mehr Verteilungs- und Chancengerechtigkeit und trägt gleichzeitig zu Nachhaltigkeit und menschlicher Entwicklung bei. Im Juni wird dieser Zirkelschluss einmal mehr diskutiert. Wie schon vor 20 Jahren: in Rio de Janeiro. Die Zivilgesellschaft ist für einen fundamentalen Wandel bereit. Wird es auch die Politik sein?